

# Die Linke / DKP / Die Piraten

Heidenheim, den 08. November 2011

An den Gemeinderat der Stadt Heidenheim  
z.Hd. von Herrn  
Oberbürgermeister Bernhard Ilg

Betr.: - Unterstützung der Kampagne „Steuer gegen Armut“ -  
Finanztransaktionssteuer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ilg,

der Gemeinderat der Stadt Heidenheim möge beschließen:

Heidenheim unterstützt die Kampagne „Steuer gegen Armut“.

1. Der Heidenheimer Gemeinderat unterstützt die Forderung vieler politischer, kirchlicher und gesellschaftlicher Organisationen (Kampagne „Steuer gegen Armut“) nach der Einführung einer möglichst globalen Steuer auf Finanztransaktionen. Diese Einnahmen sollten für nachhaltige Investitionen in die Armutsbekämpfung, den Kampf gegen den Klimawandel und in den Bildungsbereich verwendet werden.
2. Der Gemeinderat fordert Bundestag und Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, die Steuer auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu verwirklichen.

Begründung:

Der Finanzmarkt ist immer noch nicht stabil, weitere und neue Spekulationsblasen werden prognostiziert. Dies gefährdet Arbeitsplätze und die Handlungsfähigkeit des Staates und der Kommunen. Eine Steuer, die langfristige Investitionen belohnt, hoch spekulative, kurzzeitige Investitionen aber erschwert, ist das richtige Mittel zum Schutz der Wirtschaft, des Staates und der Kommunen.

In den vergangenen 15 Jahren ist die Anzahl der Finanztransaktionen um 450 Prozent angewachsen. Heute, auch nach der Krise, ist das globale Finanzsystem 70-mal größer als die Realwirtschaft. Natürlich wird eine gesunde Finanzwirtschaft für eine funktionierende Volkswirtschaft gebraucht, allerdings müssen auch die

Beteiligten an den Finanzmärkten angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Eine Finanztransaktionssteuer würde dazu beitragen, die Anzahl der Finanzaktivitäten, insbesondere die besonders schädlichen Spekulationen zu begrenzen. Die Finanztransaktionssteuer wäre umfassender als die sogenannte „Tobin Tax“, die sich nur auf Währungsgeschäfte bezieht. Sie wäre auch wirksamer als die von der Bundesregierung geplante „Bankenabgabe“, die auch Banken – wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken – die sich nicht an den Spekulationen beteiligt haben, zur Kasse bittet und darüber hinaus durch das geringe Aufkommen von geplanten eine Milliarde Euro weder weitere Spekulationen erschwert, noch nachhaltig die Folgen der Krise finanzieren kann. Zudem bezahlen letztlich alle Kundinnen und Kunden der Banken die Bankenabgaben und finanzieren ein zweites Mal die Krisenfolgen selbst.

Die Finanztransaktionssteuer schafft dagegen echten Spielraum in den öffentlichen Haushalten – auch für die dringend benötigten Rettungsschirme für Kommunen.

Eine globale Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent könnte jährlich globale Einnahmen in Höhe von ein Prozent des nominalen Welteinkommens generieren. Das wären weltweit rund 500 Milliarden Euro. 200 Millionen Euro könnten allein in der Europäischen Union eingenommen werden.


Mit freundlichen Grüßen



Horst Mack



Norbert Fandrich



Reinhard Püschel



Uwe Malter

# Gemeinderatsfraktion Die Linke / DKP

An den  
Gemeinderat der Stadt Heidenheim  
Herrn Oberbürgermeister Bernhard Ilg  
Rathaus Heidenheim

Heidenheim, den 15. November 2011

Betr.: Haushaltsplan 2012

Antrag: Überprüfung der Sozial-Charta,  
Prüfergebnisse veröffentlichen und den Mietern erläutern

## Begründung:

Der Immobilienkonzern Gagfah macht wieder Schlagzeilen. Zuletzt in den Städten Hamburg und Dresden.

Jetzt erhöht die Gagfah auch in Heidenheim für rund 850 Haushalte die Miete. Dabei geht es um eine Netto-Kaltmiete bis zu 90 Euro mehr pro Monat. Gleichzeitig ist festzustellen, dass ein enormer Leerstand an Wohnungen zu verzeichnen ist und viele Wohnungen in einem äußerst baulich schlechten Zustand sind. Bei Quadratmeterpreisen von bis zu sieben Euro nähern wir uns hier durchaus großstädtischem Niveau.

Das Beispiel der ehemaligen gemeinnützigen Baugesellschaft Heidenheim (GBH) bestätigt, dass Finanzinvestoren auf maximalen Gewinn und nicht auf die Wohnqualität der Mieter, Werterhaltung oder gar die Mitwirkung bei der Stadtentwicklung fokussiert sind.

Wir unterstützen daher die Ansicht des Landesvorsitzenden des Baden-Württembergischen Deutschen Mieterbundes (DMB) Rolf Gassmann, der im Juli 2011 von Oberbürgermeister Bernhard Ilg eine konsequente Mieterpolitik forderte. Gassmann sagte, eine verantwortungsvoll geführte Stadt müsse den Rückkauf der Wohnungen angehen. Er forderte die Stadt Heidenheim auf, die Einhaltung der Sozial-Charta zu prüfen, die Prüfergebnisse zu veröffentlichen und den Mietern zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen

  
Horst Mack

  
Norbert Fandrich

  
Reinhard Püschel